

ist nicht dokumentiert, er schlummert bei einem Landesentschädigungsamts oder bei einem deutschen Landesarchiv.

Groh, Jahrgang 1967, leitet das Archiv schon seit einigen Jahren, und dennoch, so sagt er, ist es für ihn keine gewöhnliche Arbeit, der er da nachgeht. „Wenn man sich etwa Fotoalben aus Buchenwald anschaut, das geht schon sehr an die Nieren“, sagt er. Seine Arbeit nennt er „eine Herausforderung“, bei der es vor allem um die Erschließung und die Bestandserhaltung geht.

Der Hinweis darauf, dass Groh ein ausgebildeter Archivar ist, wäre in einer anderen Sammlung als in Arolsen eine Banalität. Hier ist sie es aber nicht, denn in den alten Zeiten, damals, als die Anträge der Überlebenden jahrelang liegen blieben, gab es in Arolsen, so seltsam das klingen mag, zwar über 400 Mitarbeiter, aber nicht einen einzigen Archivar.

Floriane Hohenberg versucht gar nicht erst, die Vergangenheit schönzureden. „Anfangs hat mich der schlechte Ruf noch verfolgt – nicht nur das Thema der geschlossenen Einrichtung, sondern auch der Belegschaft, die einfach inkompetent war“, sagt die nun seit gut zwei Jahren amtierende Direktorin des Suchdienstes. Hohenberg, eine Expertin für Menschenrechte und Diversity-Themen, hat bei der OSZE gearbeitet und sich dort um die Themen Menschenrechte, Rassismus und Antisemitismus gekümmert. Mit der Vergangenheit des ITS, so die gebräuchliche Abkürzung für die im Englischen International Tracing Service genannte Institution, hat die 48-jährige nichts mehr zu tun.

Nein, vor dem Hauptgebäude wird morgens keine Fahne mehr aufgezogen. Die Mitarbeiter des ITS reden sich beim Vornamen an, duzen sich gar. Aber Hohenberg ist ja auch Französin mit internationaler Karriere. „Veränderungen sind etwas unglaublich Spannendes“, sagt sie. „Und das Spannendste an meiner Arbeit ist, tagtäglich zu sehen, wie eine Institution, die in Verruf geraten war, sich gedreht hat und immer weiter öffnet.“

Damals, in den alten Zeiten, gab es keine Digitalisierung. Bei jedem einzelnen Vorgang musste ein Mitarbeiter die Korrespondenzakten und die Namenskartei konsultieren und sich anschließend auf die Suche nach den passenden Dokumenten machen. Man kann sich vorstellen, wie viel Zeit das verschlungen hat.

Regina Meier arbeitet in einem ehemaligen Kaufhaus mit leeren Schaufensterscheiben. Der Suchdienst hat die Räume angemietet, weil es im Hauptraum an Platz fehlt. Meier löst die alten Klammern zusammengehefteter Dokumente. Dann schiebt sie sorgfältig ein Blatt Papier auf den Träger, kontrolliert die Ausrichtung und löst die Kamera aus. Klack! Und schon ist das nächste Blatt Papier an der Reihe. Klack! Sie und ihre vier Kollegen kommen so auf 2.300 Scans am Tag. Sie wechseln sich bei der Arbeit ab, sagt Regina Meier, damit es nicht zu eintönig wird.

Die stille Revolution von Arolsen

85 Prozent der Arolser Archivbestände sind inzwischen so digitalisiert worden. Wenn ein Auskunftsersuchen eintrifft, schauen die ITS-Mitarbeiter nicht mehr in der in Neonlicht getauchten Lagerhalle nach einem Karteikarteneintrag, sondern sie werfen ihren Computer an. Das beschleunigt die Angelegenheit ungemain, auch wenn die Chefin Floriane Hohenberg mit dem Tempo der Auskunftserteilung noch nicht zufrieden ist. Denn die Wartezeit kann immer noch bis zu einem Jahr betragen – allerdings werden dringende Anfragen jetzt vorgezogen, sodass der Antragsteller nach wenigen Wochen eine Antwort erhält.

Die stille Revolution von Arolsen begann vor elf Jahren. Der öffentliche Druck zeigte endlich Wirkung. 2012 zog sich das Internationale Rote Kreuz von der Leitung zurück. An seine Stelle trat mit dem Berliner Abkommen ein internationaler Ausschuss, bestehend aus Vertretern von elf Mitgliedsstaaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Großbritannien, Polen und Israel. Finanziert wird der Suchdienst aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit jährlich rund 14 Millionen Euro.

Jahrzehntlang durfte kein Historiker Einsicht in die Dokumente aus Arolsen nehmen, die Abschluss nicht nur über einzelne Verfolgte, sondern über das NS-Lagersystem insgesamt ergeben und darüber hinaus Einblicke in die unmittelbare Nachkriegszeit ermöglichen. Mit der neuen

Trägerschaft verbunden war der Beschluss, sich endlich der Forschung zu öffnen.

„Die Dokumente werden immer wichtiger“, sagt Floriane Hohenberg. „Wenn die letzten Zeugen nicht mehr auf dieser Welt sind, dann haben diese Dokumente auch die Funktion von Beweisen. Sie können auch ein Instrument gegen Fake News, gegen Relativierungen, Vermiedlichkeiten und Verkleinerungen sein.“

Noch allerdings machen die Anfragen von Forschern, Pädagogen und Journalisten nur etwa 16 Prozent aus. Das Gros kommt mit 70 Prozent von Familienangehörigen der Nazi-Opfer. Immerhin 8 Prozent stammen von Überlebenden selbst, von denen manche dringend Bestätigungen für ihre Verfolgung bei Rentenansprüchen benötigen. 16.786 Anfragen waren es im Jahr 2017 insgesamt. Doch auch Arolsen kann keine Wundertüte sein, die die grauen Flecken der Überlieferung zu tilgen vermag. „Bei der Hälfte der Anfragen können wir keine Auskunft geben, weil wir keine Dokumente besitzen“, sagt Archivar Groh, neben den Regalreihen mit der Namenskartei stehend. „Von jemandem, der in einer Grube in Litauen erschossen worden ist, finden Sie auch bei uns nichts.“

Über Miriam Shorer aber haben sie in Arolsen etwas gefunden, erst vor ein paar Wochen. Sie ist kurz nach Kriegsende in einem Mütterheim in Bad Bevensen geboren worden und verbrachte ihre ersten Lebensjahre in einem Camp für Displaced Persons in der Nähe von Bergen-Belsen, erzählt die Frau aus Tel Aviv aufgeregt am Telefon. „Meine Mutter war nicht verheiratet, ungefähr 27 Jahre alt, und ich glaube, dass es damals sehr schwer gewesen sein muss, ein Baby großzuziehen“, sagt Shorer. Also habe die jüdische Mut-

„Bei der Hälfte der Anfragen können wir keine Auskunft geben, weil wir keine Dokumente haben“

Christian Groh, Archivar

ter sie zur Adoption freigegeben, und 1948 kam Shorer nach Israel, wo sie eine wunderbare Familie adoptiert habe, wie sie sagt. „Anfangs interessierte ich mich nicht für meine biologischen Eltern, weil ich den Wunsch meiner Adoptionsmutter respektierte, nicht nachzuforschen. Sie hatte immer die Furcht, dass meine biologische Mutter eines Tages in Israel auftauchen könnte, um mich mitzunehmen.“ Später, so berichtet Shorer, habe sie dann doch in Arolsen gefragt. Doch dort hieß es jahrelang, man könne nichts über sie finden.

Miriam Shorer sagt: „Jetzt wollte ich dieses Drama in meinem Leben endlich klären.“ Es kam heraus, dass die Mutter ihren Vornamen in Paula verändert und auch ihr Geburtsjahr geändert hatte. In Arolsen hätten sie herausgefunden, dass die Mutter noch in mehreren anderen Lagern für überlebende Juden in Deutschland gewesen sei, geheiratet habe und eine weitere Tochter bekommen habe. Kurz darauf sei die Mutter im Februar 1948 verstorben, der Vater mit der Tochter danach in die USA ausgewandert.

So hat Miriam Shorer im Alter von über 70 Jahren eine Schwester bekommen. Die lebt in Texas. „Wir reden seit zwei Wochen fast jeden Tag am Telefon, und ich denke darüber nach, ihr ein Ticket nach Tel Aviv zu schicken. Vielleicht fahren wir auch nach Texas und besuchen sie dort.“

Shorer steht für die traditionelle Aufgabe des Suchdienstes, Menschen wieder zusammenzuführen. Natürlich werden solche Ereignisse 73 Jahre nach Kriegsende seltener. Doch in Arolsen hat man erkannt, dass es dabei nicht bleiben darf.

Es scheint, als wolle der Suchdienst nun in wenigen Jahren nachholen, was über die Jahrzehnte versäumt worden ist. Das internationale Archiv öffnet sich weiter als so manche bundesdeutsche Institution. Forschung und Pädagogik hat es in den alten Zeiten nicht gegeben, wozu auch, wenn man keine wissenschaftliche Auskunft erteilt. Jetzt gibt es eine entsprechende Abteilung. Es entsteht eine Dauerausstellung über das Archiv, Forschungs- und Bildungsberichte werden erstellt, eine Spezialbibliothek wurde geöffnet, Verträge mit Partnerorganisationen abgeschlossen. Vor allem aber sind nun viele Dokumente öffentlich einsehbar: 50.000 sind es derzeit unter



„Die Dokumente werden immer wichtiger“: Suchdienst-Direktorin Floriane Hohenberg will, dass junge Leute mithilfe der Papiere für ihr heutiges Leben lernen Foto: Cornells Gollhardt/ITS

https://digitalcollections.its-arolsen.org/online, und es sollen noch viele mehr werden. Sie reichen von Beständen über die Todesmärsche von KZ-Inssassen bis hin mehr als 3.000 persönlichen Gegenständen von Häftlingen aus Konzentrationslagern, den sogenannten Effekten, die in Arolsen lagern. „Die Bestände müssen sichtbar werden“, sagt dazu die Direktorin Hohenberg.

Auf dem Tisch liegt eine Halskette mit grünen Glasperlen, dazu zwei rote Ohrstecker – kein wertvolles Geschmeide, aber doch zwei Stücke, die einem Menschen einmal wertvoll gewesen sind. Diese Kette erinnert an Nina Natjewenko, geboren am 3. März 1924. Ramona Bräu, die stellvertretende Leiterin des ITS, erzählt die wenigen Informationen, die über ihr Leben bekannt sind. Nina Natjewenko kam vermutlich als Zwangsarbeiterin aus Weißrussland ins Deutsche Reich. Bei ihrer Einlieferung in ein Außenlager des KZ Neuengamme im Herbst 1944 musste sie Kette und Ohrclips abgeben. Sie verschwanden in einen Effekten-Umschlag. Dieser Umschlag wurde bei der Befreiung von den Alliierten beschlagnahmt und kam später nach Arolsen. Seit 2016 sucht das Archiv schon nach den Nachfahren der Frau. „Bisher vergeblich“, sagt Ramona Bräu bedauernd. Doch über hundert persönliche Gegenstände habe man bisher zurückgeben können, berichtet sie.

Der Muff von Jahrzehnten, er scheint wie weggeblasen im Städtchen Arolsen. Floriane Hohenberg sagt: „Wir wollen eine Institution werden, die eine Brücke zwischen den Dokumenten aus der Vergangenheit und dem, was diese heute für unsere Werte und Prinzipien bedeuten, herstellt. Junge Leute sollen lernen, was es für Risiken bringt, wenn man gewisse politische Haltungen einnimmt.“

Diese Geschichte ist noch nicht zu Ende. Aber sie hört sich jetzt ziemlich gut an.

Die Geschichte des Internationalen Suchdienstes

1942/43

Unter den Westalliierten beginnen Diskussionen über die Einrichtung eines Suchdienstes für Vermisste und Verschleppte nach der Befreiung Europas.

1944

Das Oberste Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte (SHAEF) übernimmt das Zentrale Suchbüro. Der Standort folgt den alliierten Truppen.

1945

Der Suchdienst schlägt seinen Sitz in Frankfurt am Main auf. Millionen von den Nazis nach Deutschland Verschleppte werden als Displaced Persons (DPs) registriert. Sie leben in großen Lagern im besetzten Westen des Landes.

1946

Der Suchdienst wird nach Arolsen verlegt und liegt in der Verantwortung der Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA). Ein Jahr später übernimmt

die Internationale Flüchtlingsorganisation die Leitung. Viele Deportierte kehren in ihre Heimat zurück.

1955

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz ist verantwortlich für den Suchdienst. Alle fünf Jahre wird überprüft, ob er noch benötigt wird. 1957 wird das letzte DP-Lager im bayerischen Föhrenwald aufgelöst.

Ende des 20. Jahrhunderts

Der Suchdienst gerät zunehmend in Verruf. Überlange Wartezeiten für Betroffene, keine Öffnung der Dokumente für die NS-Forschung.

2007

Beschluss zur Öffnung des Archivs für die Forschung.

2011

Das Berliner Übereinkommen stellt den Internationalen Suchdienst auf eine neue Grundlage. Das Bundesarchiv wird institutioneller Partner. (klh)

Kein Grund zum Feiern

Regierung und Bundestag schweigen zum 8. Mai. Warum der Jahrestag der Befreiung bis heute kein Feiertag ist

Dem Deutschen Bundestag ist der Termin keine Erwähnung wert. Das Parlament befindet sich in dieser Woche in einer Sitzungspause. Entsprechend sei zum 73. Jahrestag der Befreiung von den Nazis keine Gedenkveranstaltung oder Ähnliches vorgesehen, sagte eine Sprecherin. Vonseiten der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sei zum 8. Mai „nichts geplant“, sagte ein Sprecher.

Auch wenn sich an diesem „krummen“ Jahrestag Parlament und Regierung in Schweigen hüllen – der Bedeutungswandel des 8. Mai in den letzten Jahrzehnten ist unverkennbar. „Niederlagen feiert man nicht“, hieß es vonseiten der CDU/CSU-Opposition noch 1970, als Kanzler Willy Brandt (SPD) eine Regierungserklärung zum 25. Jahrestag abgab. Fünf Jahre zuvor hatte Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) betont, einen Anlass, den „8. Mai als einen Gedenktag der Befreiung zu feiern“, sehe er nicht.

Als Wendepunkt in der Debatte um „Niederlage“ oder „Befreiung“ gilt die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag im Jahr 1985, als der Bundespräsident den 8. Mai als „Tag der Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ bezeichnete. Ein Feiertag wurde der 8. Mai in der Bundesrepublik allerdings deswegen nicht. In der DDR dagegen feierte man von 1950 bis 1966 den „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“, bei der vor allem die Rote Armee der Sowjetunion eine kritische Würdigung fand. 1967 fiel der Feiertag der Einführung der Fünftagewoche zum Opfer. Nur zu den runden Gedenktagen 1975 und 1985 gab es noch mal einen arbeitsfreien Tag.

Derzeit plant die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung die Erhebung des 8. Mai zum Gedenktag, so wie es schon in Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist. Arbeitsfrei soll der Tag aber nicht werden. Nur der 8. Mai 2020, wenn sich das Kriegsende zum 75. Mal jährt, soll nach dem Willen der Berliner Koalition ein einmaliger Feiertag werden – ähnlich dem Reformationsstag, der 2017 aufgrund des 500. Jahrestags als einmaliger Feiertag begangen wurde.

Klaus Hillenbrand

Auf die Barrikaden!
Der Mai 1968 in Frankreich

Steine, Gitter, Autos: Im Quartier Latin in Paris bauten am 10. Mai 1968 Student*innen Barrikaden aus allem, was sie finden konnten. Was trieb sie und Hunderttausende Französ*innen in jenem

Mai '68 um? Und was hat das heute noch mit uns zu tun? Das erzählt die taz in ihrer Sonderausgabe am 9. Mai 2018. 12 Sonderseiten in der taz vom 9. Mai 2018

